



Tabelle 1: Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten unter den von Ernährungsunsicherheit betroffenen Bevölkerungsgruppen

	Anzahl der akut von Ernährungsunsicherheit betroffenen Menschen ¹	Anzahl der Kinder		

Maßnahmen zur Beendigung der Hungerkrise

Der Krieg in der Ukraine lenkt dringend benötigte Aufmerksamkeit auf die Schwächen unserer globalen humanitären und multilateralen Systeme sowie der Ernährungssysteme. Solange diese nicht reformiert werden, werden politische Trägheit und Untätigkeit angesichts von Ernährungsunsicherheit und Verstößen gegen das regelbasierte internationale System weiterhin Millionen von Menschen in den Hunger treiben und sie zu gefährlichen Überlebensstrategien zwingen.

Um zu verhindern, dass der Ukrainekrieg die weltweite Hungerkrise verschärft, richtet IRC vier dringende Appelle an die G7 und die internationale Gemeinschaft:

1. Keine Krise vergessen: Sicherung und Aufstockung der Hilfsgelder zur Verhinderung von akutem Hunger und Hungersnöten
2. Bewährte Maßnahmen ausweiten, die die weltweiten Folgen des Ukrainekriegs auf den Hunger eindämmen
3. Die Fehler im globalen Ernährungssystem ausbessern
4. Humanitäre Diplomatie stärken und völkerrechtliche Straflosigkeit beenden

Durch schnelles und koordiniertes Handeln kann die G7 Leben und Lebensgrundlagen retten, die Resilienz von Krisen betroffenen Menschen stärken und künftigen Schocks in Ernährungssystemen vorbeugen. Zu den vorrangigen Maßnahmen muss die Kombination von humanitärer Hilfe – mit Schwerpunkt auf Bargeldhilfen sowie geschlechts- und klimasensible Maßnahmen zur Bekämpfung von Unterernährung und Ernährungsunsicherheit – mit vorrauschaudenden Ansätzen und diplomatischen Bemühungen zur Gewährleistung des humanitären Zugangs und der Einhaltung des humanitären Völkerrechts gehören.

Wenn sich die G7 Minister*innen sowie Staats- und Regierungschef*innen treffen, müssen sie die Gelegenheit und die Verantwortung wahrnehmen, gegen die weltweite Hungerkrise vorzugehen und verhindern, dass der Krieg in der Ukraine Menschen in Krisenregionen weltweit in eine Hungersnot treibt. Der Aufruf Deutschlands zu einem Bündnis für globale Ernährungssicherheit im Rahmen der G7 ist ein vielversprechender Schritt – insbesondere, wenn er mit der Verpflichtung verbunden ist, bestehende und neue Initiativen wie das [Global Network Against Food Crises](#) (Globales Netzwerk gegen Nahrungsmittelkrisen) und die vom UN-Generalsekretär eingesetzte [Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance](#) (Globale Krisenreaktionsgruppe für Nahrung, Energie und Finanzen) umzusetzen. Die Solidarität, die die G7-Mitglieder als Reaktion auf den Angriff der Ukraine gezeigt haben, muss nun dringend durch Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen für den globalen Hunger in anderen Teilen der Welt ergänzt werden.

Kurzinformationen

Ernährungsunsicherheit

- 811 Millionen Menschen hungern.
- Vor Beginn des Krieges waren 276 Millionen Menschen in 81 Ländern akut ernährungsunsicher.
- 44 Millionen Menschen leiden weltweit unter Notfallniveaus von akuter Ernährungsunsicherheit (eine Einstufung, die besagt, dass sie stark von einer Hungersnot bedroht sind) – ein Anstieg gegenüber 34 Millionen im Jahr 2021.
- Über eine halbe Million (570 000) Menschen waren 2021 in vier Ländern (Äthiopien, Südsudan, Jemen, Madagaskar) vom Hungertod bedroht.

Auswirkungen des Krieges in der Ukraine

- Das Welternährungsprogramm (World Food Programme - WFP) schätzt, dass durch die Kriegsfolgen weitere 47 Millionen Menschen in akuter Ernährungsunsicherheit sein könnten.
- Mit Stand vom 5. Mai 2022 ist der Agrarpreisindex im Vergleich zum Januar 2021 um 41 Prozent gestiegen. Die Preise für Mais und Weizen sind um 54 Prozent bzw. 60 Prozent gestiegen.
- Die Preise für Düngemittel sind im März sprunghaft angestiegen, um fast 20 Prozent seit Januar 2022, und sind damit fast dreimal so hoch wie vor einem Jahr.

Der Krieg in der Ukraine und die Angriffe auf die Zivilbevölkerung haben die Welt schockiert. Innerhalb von 11 Wochen zwang der Krieg 6,2 Millionen Menschen zur Flucht aus dem Land und vertrieb weitere 7,7 Millionen innerhalb der Ukraine – insgesamt fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Der Konflikt hat die zivile Infrastruktur mit der Zerstörung von Geschäftszentren, Krankenhäusern, Schulen, Wohngebäuden, Wasserwerken und Stromnetzen dezimiert. Der Internationale Strafgerichtshof hat eine Untersuchung wegen möglicher Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermord eingeleitet. Untersuchungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ergaben “... eindeutige Muster von Verstößen [gegen das humanitäre Völkerrecht] durch die russischen Streitkräfte bei der Durchführung der Kampfhandlungen”. Besonders besorgniserregend ist, dass die Vorgänge in der Ukraine zwar entsetzlich, aber kein Einzelfall darstellen. Weltweit sind Verstöße gegen das Völkerrecht der brutale Standard der Kriegsführung. Der Krieg in der Ukraine ist bezeichnend für das “Zeitalter der Straflosigkeit”, in dem die Regeln des Kriegs ständig gebrochen und die Täter*innen selten zur Rechenschaft gezogen werden.

Die verheerenden humanitären Folgen des Krieges sind nicht auf die Ukraine und die umliegenden Länder beschränkt. Die weltweite Abhängigkeit von in der Ukraine und Russland produzierten Lebensmitteln und anderen Rohstoffen bedeutet, dass von Krisen betroffene Menschen außerhalb Europas auch massiv von den Auswirkungen von Unterbrechungen der Lieferketten, explodierenden Lebensmittelpreisen und der steigenden Inflation betroffen sind. Diese Menschen leiden jedoch bereits an den Folgen von Konflikten, COVID-19 und dem Klimawandel. Aufgrund ihrer begrenzten fiskalischen Kapazitäten und Reserven sind von Krisen betroffene Staaten am wenigsten in der Lage, die Auswirkungen von starken Preisanstiegen auf ihre Bevölkerung abzumildern. Das Ergebnis ist eine verheerende Hungerkrise. Dutzende Millionen Menschen werden in eine unsichere Ernährungslage gedrängt, und die Gefahr von Unterernährung und Hungersnöten wächst.

wird die globale Ernährungsunsicherheit und Inflation weiter verschärft. Die UN haben den Ernst der Lage erkannt und die Global Crisis Response Group on Food, Energy and Finance ins Leben gerufen. Die 32-köpfige Gruppe [ss gs/T12 1 344hrunc2e](#) erkannt

Nach Angaben der Weltbank hat der Krieg in der Ukraine die globalen Handels-, Produktions- und Verbrauchsmuster so stark verändert, dass die Preise bis Ende 2024 auf einem historisch hohen Niveau verharren werden. Infolge

die Aussaat von lebenswichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, die Millionen von Menschen auf der ganzen Welt ernähren, bereits zurückgegangen. Gleichzeitig sind Häfen am Schwarzen Meer wie Odessa, über die 98 Prozent des gesamten ukrainischen Getreides exportiert werden, geschlossen. Dadurch wurde die Versorgung von Weltregionen unterbrochen, die auf Nahrungsmittelimporte angewiesen sind. Dies wirkt sich auf die Lebensmittelpreise aus: Anfang Mai 2022 war der Agrarpreisindex um 41 Prozent höher als im Januar 2021, wobei die Preise für Mais und Weizen um 54 Prozent bzw. 60 Prozent gestiegen sind.

Der Ukrainekrieg hat katastrophale Auswirkungen auf die weltweite Nahrungsmittelversorgung und treibt einen bereits bestehenden Teufelskreis aus Hunger, Konflikten, Unterversorgung und Klimakatastrophen weiter voran. 2021 kam es zu einem beispiellosen Anstieg der Lebensmittelpreise und der Transportkosten von Lebensmitteln zu Menschen in Krisenregionen sowie zu einer Zunahme von Hunger. Sollte sich der Krieg in die Länge ziehen, sind die längerfristigen Risiken für die weltweite Nahrungsmittelversorgung und die Märkte gravierend. Russland und Belarus – beide derzeit betroffen vom globalen Sanktionsregime – sind zwei der größten Düngemittel-Exporteure der Welt, auf die 33 Prozent der Kaliumdünger- und 15 Prozent der Stickstoffdünger-Exporte entfallen. Da die Düngemittelpreise bereits vor dem Konflikt ein Rekordhoch erreicht hatten, könnte eine durch den Krieg in der Ukraine verursachte Verknappung dazu führen, dass in Weltregionen wie dem Horn von Afrika und der Sahelzone, die einkommensschwach und von Ernährungsunsicherheit geprägt sind, erhebliche Preissteigerungen und in der Folge schlechte Ernten auftreten.

Verhinderung von Hungersnöten ausgehöhlt werden, die u. a. vorsehen, kritische Finanzierungslücken bei humanitären Maßnahmen zu schließen, in langfristige Maßnahmen für von Hungersnöten bedrohte Länder zu investieren und vorausschauende Maßnahmen zur Abmilderung künftiger Schocks zu verstärken. Antizipative Finanzmittel, die bei Anzeichen einer bevorstehenden Krise freigegeben werden, können dazu beitragen, künftig Resilienz zu stärken. Untersuchungen der jüngsten humanitären Krisen zeigen jedoch, dass nur 2,3 Prozent der gesamten Gelder vorausschauend bereitgestellt wurden. Wenn Geberregierungen humanitären Bedarfen in der Ukraine Vorrang auf Kosten anderer dringender Krisen und langfristiger Entwicklungsprogramme einräumen, laufen sie Gefahr, ihren weltweiten Verpflichtungen nicht nachzukommen und unnötiges Leid für Millionen von Menschen zuzulassen.

Systemversagen

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen auf andere humanitäre Kontexte haben deutlich gemacht, dass die internationale Gemeinschaft bisher nicht in der Lage ist, Krisen zu antizipieren, auf Bedarfe angemessen zu reagieren und Grundbedarfe wie Nahrungsmittel zu decken. Er hat gezeigt, wie sich dieses Systemversagen in Ländern auswirkt, die bereits vom humanitären System im Stich gelassen werden. Wo politische Trägheit und Untätigkeit angesichts von Verstößen gegen das regelbasierte multilaterale System dazu führen, dass Millionen Menschen nicht über Nahrungsmittel und lebenswichtige Güter verfügen und gezwungen sind, ihre Existenzgrundlage aufzugeben. Die Ursache für die weltweiten humanitären Krisen ist nach wie vor diplomatisches Versagen in der Krisenprävention und Friedenssicherung. Rechtliches Versagen zeigt sich in der nicht geahndeten Missachtung des Völkerrechts und der Zunahme von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Operatives Versagen wird deutlich angesichts der Überforderung im humanitären System, angemessen auf die vorhersehbaren Auswirkungen der Ukrainekrise weltweit zu reagieren – trotz jahrelanger Evaluierungen und Erkenntnisse, die den Wert vorausschauender Finanzierung und Maßnahmen belegen.

Die internationale Reaktion auf den Krieg in der Ukraine und seine Auswirkungen sind ein Test für die politische Bereitschaft, diese Trends abzuwenden, zu antizipieren und umzukehren. Massive Finanzierungsdefizite bei der humanitären Hilfe in akuten Krisen wie Afghanistan, Jemen, dem Horn von Afrika und der Sahelzone verdeutlichen das Ausmaß der Herausforderung. Dieser Bericht enthält Empfehlungen für die internationale Gemeinschaft und insbesondere für G7-Mitglieder, um die dringend benötigte diplomatische, humanitäre und entwicklungspolitische Führungsrolle zu übernehmen und die schlimmsten humanitären Auswirkungen dieser globalen Notsituationen abzuwenden.

Zeit zu Handeln für die G7 und die gesamte internationale Gemeinschaft

Als die weltweit größten Volkswirtschaften und Geber sowie als einflussreicher diplomatischer Block kann die G7 sicherstellen, dass der politische Umgang mit dem Ukrainekrieg nicht die Aufmerksamkeit von dramatischen humanitären Krisen anderswo ablenkt. Dazu gehören die Krisen in Afghanistan, Jemen, am Horn von Afrika und in der Sahelzone, die im nächsten Abschnitt dieses Berichts beschrieben werden, sowie andere auf der IRC Emergency Watchlist. In vielen dieser Kontexte verschärfen die Beschränkungen des humanitären Zugangs die Ernährungsunsicherheit und gefährden die Zivilbevölkerung, die für ihr Überleben auf Nahrungsmittelhilfe und andere Dienstleistungen angewiesen ist. Die Verweigerung des humanitären Zugangs ist ein Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht, insbesondere dann wenn die Verursachung von Hunger und Unterernährung explizites politisches Ziel ist.

Die internationale Gemeinschaft hat in ihrer Reaktion auf den Krieg in der Ukraine eine nahezu beispiellose Einigkeit demonstriert, indem sie eine UN-Resolution zur Forderung nach humanitärem Zugang und zur Untersuchung von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht in diesem Konflikt nachdrücklich unterstützt hat. Die politische Untätigkeit in Bezug auf ähnliche Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht in anderen Krisenregionen erschwert es sicherzustellen, dass die weltweit am stärksten gefährdeten Menschen den Zugang zu benötigter Hilfe erhalten. Es untergräbt ebenfalls die Fortschritte bei der Erfüllung früherer G7-Verpflichtungen.

In Vorbereitung auf den G7-Gipfel müssen G7 Staats- und Regierungschef*innen sich zu entschlossenen politischen und humanitären Maßnahmen verpflichten, die auf die drastische Zunahme von Ernährungsunsicherheit und weltweitem Hunger reagieren. Die Ankündigung der deutschen Regierung, sich im Rahmen des G7-Vorsitzes für ein Bündnis für globale Ernährungssicherheit einzusetzen, ist zu begrüßen – insbesondere wenn dies koordiniert mit und aufbauend auf anderen Initiativen internationaler Organisationen und internationaler Finanzinstitutionen geschieht, und lebenswichtige Mittel für Länder, in denen die Ernährungslage unsicher ist, mobilisiert werden. Die G7 sollte dieses Momentum nutzen und sich verpflichten, entschieden gegen die Straflosigkeit bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und Zugangsbeschränkungen, die für viele Konflikte in der Welt kennzeichnend sind, vorzugehen.

Jetzt ist es an der Zeit, dass die G7 handelt und Diplomatie mit der notwendigen Finanzierung von Maßnahmen zur Verbesserung der Ernährungssicherheit und zur Vorbeugung gegen Hunger, Unterernährung und Hungersnöten verbindet.

Afghanistan, Jemen, das Horn von Afrika und die Sahelzone gehören zu den Regionen mit der größten Ernährungsunsicherheit, die von steigenden Lebensmittelpreisen und Versorgungsunterbrechungen infolge des Ukrainekriegs besonders betroffen sind. Sie gehören auch zu den Weltregionen, in denen jede weitere Abnahme humanitärer Gelder und diplomatischer Aufmerksamkeit den Hunger, die Unterernährung und die Ernährungsunsicherheit, insbesondere für Frauen, Kinder und andere gefährdete Gruppen, erheblich verschlimmern wird.

Afghanistan

	Zahl der akut ernährungsunsicheren Menschen: 19,7 Millionen
	Zahl der Kinder unter 5 Jahren, die an akuter Unterernährung leiden: 3,2 Millionen
	Gesamtanteil der importierten Nahrungsmittel: 20 Prozent (Weizen)
	Prozentualer Anteil des aus der Ukraine und/oder Russland importierten Weizens: 0,76 Prozent

Afghanistans Hungerkrise

Afghanistan ist von einer der schlimmsten Hungerkrisen der Welt betroffen. 19,7 Millionen Afghan*innen leiden unter akuter Ernährungsunsicherheit, wobei fast 6,6 Millionen kurz vor einer Hungersnot stehen. Diese Zahl ist höher als in jedem anderen Land der Welt. In allen 34 Provinzen herrscht akute Ernährungsunsicherheit und 90 Prozent der afghanischen Haushalte geben an, dass die Ernährung Vorrang vor allen anderen Bedarfen hat. Eine schwere Dürre hat die landwirtschaftliche Produktion zerstört, die für 61 Prozent der afghanischen Haushalte eine lebenswichtige Einkommensquelle darstellt, während COVID-19 Beschäftigungsmöglichkeiten dezimiert hat und die jahrelange, konfliktbedingte Armut und Vertreibung noch verschlimmert. Seit August 2021 haben die internationalen Bemühungen, die Taliban zu isolieren, zu einer Wirtschaftskrise geführt. Infolge hat sich die bestehende Ernährungsunsicherheit noch verschlimmert und wir erleben heute dieses hohe Maß an Hunger.

Die afghanischen Frauen sind von der Hungerkrise am stärksten betroffen. Die Bewegungsfreiheit von Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum wird zunehmend eingeschränkt. Dadurch sind sie von wichtigen Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten abgeschnitten, die notwendig sind, um den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien zu sichern. In einer kürzlich durch 449 1TJ0 -20m -20m -20m -20m -202fra6h 449 1Tw 9.Dschen Frauen sind vibung no P

Celie Tnore t und renganstieg{1isGrursnaTd(umerhalnd vibung nore F)20(P)
 0 fol(O)rtie2 (eizekriegf muss für sic)20 (h und TJ0 -1.2 TdßGnm in, die fürunbedBilNuens5u1 1 Tf0t für sic)20 (h und UJO st (hetz[I0 (h

humanitärer Mittel geschaffen. Dieses Vorgehen trägt zum akuten humanitären Notstand bei und legt das öffentliche und private Bankensystem des Landes lahm. So sind die Banken nicht mehr in der Lage, internationale Transaktionen, einschließlich Hilfslieferungen und Nahrungsmittelimporten, zu ermöglichen. Infolgedessen befindet sich das Land nun in einer massiven Liquiditätskrise, die die Preise für afghanische Normalbürger*innen unerschwinglich macht.

Trotz humanitärer und einiger kommerzieller Ausnahmen von den Sanktionen schränkt die Zurückhaltung von Banken bei Transaktionen mit Afghanistan weiterhin sowohl wichtige Importe als auch humanitäre Hilfe ein. Importe nach Afghanistan sind in der zweiten Jahreshälfte 2021 gegenüber dem gleichen Zeitraum 2020 um 47 Prozent zurückgegangen. Ohne weitere Klarheit über die Sanktionen, diplomatische Bemühungen zur Wiederbelebung der afghanischen Wirtschaft und die Unterstützung der Zentralbank werden Millionen Afghan*innen weiterhin unter einer der größten Ernährungsunsicherheiten der Welt leiden.




Die Hungernden erreichen

Aufgrund von Liquiditäts- und Bankeinschränkungen sind humanitäre Programme seit August 2021 weitgehend auf das Hawala-System (Netzwerke für informelle Geldüberweisungen) angewiesen. Das Hawala-System hat trotz hoher Kosten und anderer Einschränkungen die Fortsetzung und Ausweitung lebensrettender humanitärer Hilfe ermöglicht, wobei wichtige IRC-Maßnahmen in dieser Zeit auf neue Regionen Afghanistans ausgeweitet wurden. So wurde eine Hungersnot während des Winters erfolgreich abgewendet und die Zahl der Menschen, die unter akuter Ernährungsunsicherheit leiden, ist von 22,4 auf 19,7 Millionen gesunken. Die Zahl der Menschen, die unter Notfallniveaus akuter Ernährungsunsicherheit leiden, wurde um fast 2 Millionen verringert.





Allerdings muss die Wirtschaftskrise Afghanistans angegangen werden, um die humanitäre Hilfe weiter auszubauen und dem Risiko eines erneuten Anstiegs der Ernährungsunsicherheit infolge des wirtschaftlichen Zusammenbruchs Afghanistans und des weltweiten Anstiegs der Weizenpreise entgegenzuwirken. Es müssen wieder formale Mechanismen für Geldtransfers geschaffen, die afghanische Zentralbank angemessen unterstützt und die Entwicklungszusammenarbeit dringend wieder aufgenommen werden. Ebenso sollten ausländische Vermögenswerte freigegeben werden. Weitere Einzelheiten zur Bewältigung der Wirtschaftskrise in Afghanistan enthält der IRC-Bericht From Humanitarian Response to Economic Recovery.

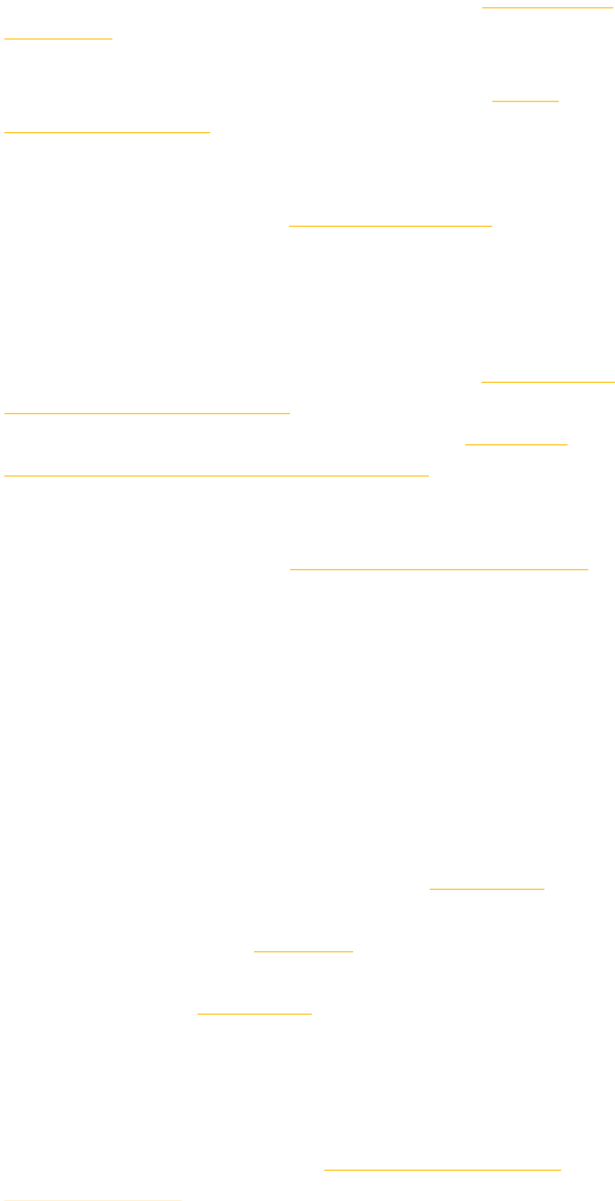
Bis die internationale Gemeinschaft Unterstützung für das Funktionieren der afghanischen Wirtschaft anbietet, sollten unmittelbare Maßnahmen ergriffen werden. Eine kurzfristige Methode, um die Wirtschaft mit Bargeld zu versorgen und gleichzeitig die am stärksten von Nahrungsmittelknappheit betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erreichen, sind humanitäre Bargeldhilfen. Humanitäre Bargeldhilfen sind ein bewährtes, wirksames Mittel zur Deckung des Grundbedarfs und zur stetigen Förderung der wirtschaftlichen Erholung. Durch die Unterstützung der Menschen beim Nahrungsmittelkauf kann Bargeld die lokalen Märkte stärken und ist in kleinem Maße eine Liquiditätsquelle für die afghanische Wirtschaft. Aus zahlreichen Regionen der Welt gibt es eindeutige Belege dafür, dass Menschen, die humanitäre Bargeldhilfen erhalten, einen großen Teil davon für Lebensmittel ausgeben. Darüber hinaus haben Bargeldhilfen in anderen Kontexten dazu beigetragen, die Ausgrenzung von Frauen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen abzumildern, indem sie ihnen mehr Unabhängigkeit und Kontrolle über Ressourcen verschaffen.

Jemen



	Zahl der akut ernährungsunsicheren Menschen: 19 Millionen
	Anzahl der Kinder unter 5 Jahren, die an akuter Unterernährung leiden: 2,2 Millionen
	Gesamtanteil der importierten Nahrungsmittel:

Somalia und das Horn von Afrika

	Zahl der akut ernährungsunsicheren Menschen: 6 Millionen
	Zahl der Kinder unter 5 Jahren, die an akuter Unterernährung leiden: 1,4 Millionen
	Gesamtanteil der importierten Nahrungsmittel (Getreide): 90 Prozent
	



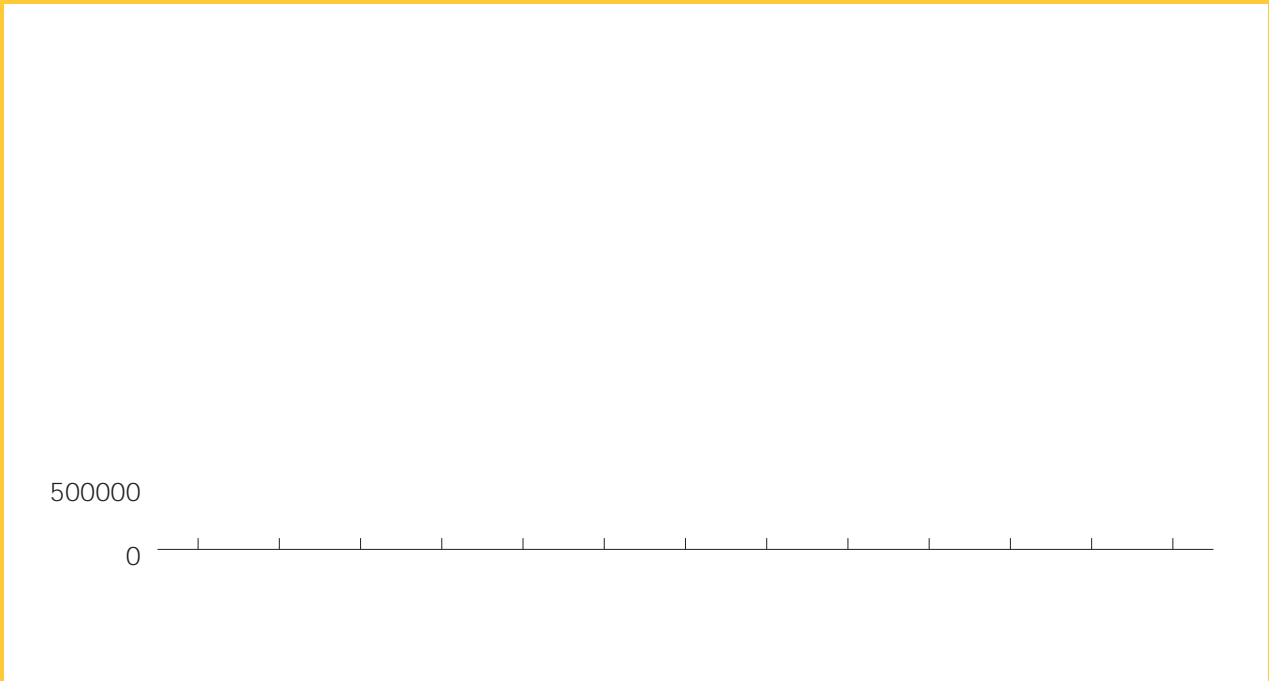
Der Sahel

	Zahl der akut ernährungsunsicheren Menschen: 34,1 Millionen
	

Box 1: Innovative vorausschauende Ansätze gegen die Unterernährung von Kindern

Durch antizipative Maßnahmen können die Auswirkungen einer Krise, beispielsweise eines extremen Wetterereignisses, abgemildert und die Menschen vor den schlimmsten Folgen geschützt werden. Auch wenn wir den Ausbruch einer humanitären Krise nur in etwa der Hälfte der Fälle vorhersagen können, wissen wir, dass Dürreperioden und regelmäßig auftretende Krankheiten wie Malaria zu einem vorhersehbaren Anstieg des Risikos der akuten Unterernährung bei Kindern unter 5 Jahren führen.

Die Zahl der unterernährten Kinder steigt in den verschiedenen Weltregionen, in denen IRC arbeitet; obwohl bekannt ist, wie Unterernährung verhindert und behandelt werden kann.



IRC hat im Bericht Ending the Hunger Crisis (Die Hungerkrise beenden) 2021 die unmittelbaren und langfristigen Maßnahmen beschrieben, die die G7 und die internationale Gemeinschaft ergreifen müssen, um die weltweite Hungerkrise zu beenden. Dazu gehören auf kurze Sicht die Finanzierung von humanitären Bargeldhilfen sowie bewährter Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von akuter Unterernährung. Ebenso wichtig sind auch diplomatische Maßnahmen zur Beseitigung von Hindernissen für den humanitären Zugang. Längerfristige Resilienz setzt inklusive Ernährungssysteme voraus, die Frauen und Mädchen stärken, und klimaresilient sind. Diese Kombination aus koordinierter humanitärer Hilfe und längerfristigen Entwicklungsmaßnahmen ist ein wirksamer Weg, um auf den zunehmenden Hunger zu reagieren und diesen abzumildern (siehe Box 2).

All dies setzt voraus, dass humanitäre Maßnahmen ausreichend finanziert werden und die Gelder Hilfsorganisationen vor Ort erreichen. Ebenso braucht es eine bessere Vorbereitung auf künftige Risiken durch vorausschauende und risikoorientierte Finanzierung. Vielversprechende Schritte in diese Richtung wurden kürzlich im Rahmen des Global Network Against Food Crises unternommen. Angesichts der anhaltenden dreifachen Bedrohung durch Konflikte, die Klimakrise und COVID-19 sowie des voraussichtlichen Anstiegs der Zahl der Menschen, die im Jahr 2022 von einer akuten Ernährungsunsicherheit betroffen sein werden, ist es von entscheidender Bedeutung, dass die G7 diesen Maßnahmen neues politisches Momentum verleiht und gleichzeitig wichtige Schritte unternimmt, um die durch den Krieg in der Ukraine verschärften Risiken zu mindern.

Die Bedeutung vorausschauenden Handelns

Damit Krisen vorsorglich vermieden werden können, sollte die internationale Gemeinschaft zusammenarbeiten, um künftige Risiken besser vorherzusagen und sich auf diese vorbereiten zu können. Dies sollte mit Hilfe von Analyseinstrumenten und antizipativer, risikobasierter Finanzierung geschehen. Letztes Jahr hat die G7 vorausschauenden Maßnahmen Priorität eingeräumt, wobei der Schwerpunkt auf Klimaresilienz lag. In ähnlicher Weise könnte die Umsetzung des deutschen Vorschlags eines "Globalen Schutzschirms" gegen Klimarisiken die Finanzierung zur Bewältigung der Klimaauswirkungen sicherstellen. Um die Wirksamkeit dieser Initiative zu maximieren, müssen die am stärksten gefährdeten und betroffenen Gemeinschaften ein Mitspracherecht haben,

damit die Maßnahmen ihren Bedarfen und Umständen am besten gerecht werden. Die deutsche G7-Präsidentschaft hat auch die Möglichkeit, andere Formen des antizipativen Handelns auszuweiten, beispielsweise zur Verhinderung von Unterernährung bei Kindern (siehe Box 1 auf Seite 11).

Das Zeitfenster für wirksame vorausschauende Unterstützung von Millionen von Menschen, die von Hunger bedroht sind, schließt sich schnell. G7-Regierungen sollten sich nun bemühen, die kollektive Verpflichtung aus dem Famine Prevention and Humanitarian Crisis Compact in die Tat umzusetzen und dringend benötigte humanitäre Mittel aufzustocken.

Box 3: Warum ein feministischer Ansatz zu Ernährungssicherheit?

Ein feministischer Ansatz ist unerlässlich, um Ernährungssicherheit zu erhöhen und die Resilienz gegenüber dem Klimawandel zu stärken. IRC setzt einen feministischen Ansatz in den schwierigsten Kontexten um, indem in Programmen zur Sicherung des Lebensunterhalts und der Ernährungssicherheit darauf hingearbeitet wird, dass von Krisen betroffene Frauen die Kontrolle über und den gleichberechtigten Zugang zu Ressourcen, Vermögenswerten, Arbeitsplätzen und Märkten erhalten. Dies führt zu mehreren positiven Ergebnissen:

- 1. Ein feministischer Ansatz bedeutet, dass der humanitäre Grundsatz der Neutralität eingehalten wird.** Um sicherzustellen, dass humanitäre Maßnahmen zur Ernährungssicherung alle Menschen in Not unterstützen, müssen wir berücksichtigen, wie bestehende Machtstrukturen Frauen und Mädchen ausgrenzen und diskriminieren.
- 2. Mit einem feministischen Ansatz können wir wirksamer helfen.** Feministische Programme sind der Rechenschaft gegenüber den Menschen verpflichtet, die sie unterstützen. Das bedeutet, dass Rückkopplungsschleifen in die Programmplanung eingebaut werden, um sicherzustellen, dass sie den lokalen Gegebenheiten entsprechen und Dienstleistungen effektiv erbracht werden.
- 3. Ein feministischer Ansatz bedeutet, dass Frauen Teil der Lösung sind.** Frauen und Mädchen sind zentral für den Wandel in ihren Gemeinschaften und können am besten erkennen, welche Unterstützung sie benötigen. Ein feministischer Ansatz zu Ernährungssicherheit stellt sicher, dass lokale frauengeführte und Frauenrechtsorganisationen gleichberechtigt an der Entscheidungsfindung teilnehmen und Zugang zu Ressourcen erhalten.
- 4. Ein feministischer Ansatz zu Ernährungssicherheit ermöglicht dauerhafte positive Veränderungen.** Er ermöglicht geschlechtsspezifische humanitäre Maßnahmen, die Landwirtinnen stärken, z. B. durch die Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu finanziellen Mitteln und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln. Die Überwindung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Landwirtschaft würde zu einer erheblichen Steigerung der Ernteerträge führen.
- 5. Ein feministischer Ansatz gewährleistet die Sicherheit von Frauen und Mädchen.** Feministische Praxis bedeutet, dass die Sicherheitsbedenken von Frauen und Mädchen bei der humanitären Hilfe in allen Sektoren berücksichtigt werden. Maßnahmen, bei denen Bargeld verteilt wird, sollten beispielsweise unter Berücksichtigung der Sicherheit, Würde und Rechte von Frauen und Mädchen konzipiert werden.

Das übergreifende Ziel der deutschen G7-Präsidentschaft ist es, gemeinsam Fortschritte auf dem Weg zu einer gerechten Welt zu erzielen. Die Bekämpfung des noch nie dagewesenen Hungers in der Welt und der Aufbau eines gerechteren und nachhaltigeren Ernährungssystems sind wesentliche Bestandteile dieses Selbstanspruchs.

Wenn die G7 im Juni 2022 in Deutschland zusammentritt, hat sie die Gelegenheit und die Verantwortung, gegen die globale Hungerkrise vorzugehen und zu verhindern, dass der Krieg in der Ukraine von Krisen betroffene Menschen weltweit an den Rand einer Hungersnot treibt. Die Solidarität, die die G7 angesichts des Ukrainekriegs gezeigt haben, muss mit dringenden Maßnahmen in anderen Weltregionen einhergehen, um die Folgen des Hungers zu bewältigen.

3. Die Fehler im globalen Ernährungssystem ausbessern

Die G7-Mitglieder und die gesamte internationale Gemeinschaft sollten Folgendes umsetzen:

